

Ausgabe Nr. 03/2015 (25.03.2015)

Kurznachrichten

vom Frauenpolitischen Rat Land Brandenburg e.V.

## ÜBERSICHT

1. Ein großes Dankeschön für die Brandenburgische Frauenwoche 2015
2. Mitgliederversammlung des Frauenpolitischen Rates
3. Equal Pay Day
4. Projekt des Landfrauenverbandes: Ausbildung von Equal Pay Beraterinnen
5. Geburtsstation in Bad Belzig soll schließen
6. Demorückblick „Keine Lager für Frauen! Alle Lager abschaffen!“
7. Selbstbestimmt und stark – Frauen in Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen
8. Wege aus der Gewalt für Frauen mit Behinderung
9. Ministerin Diana Golze stärkt Landesbeauftragte
10. Familienpaket nach den Gesetzen der "schwarzen Null" trifft vor allem Alleinerziehende
11. Na also, geht doch: Bundestag beschließt Einführung der Frauenquote in der Privatwirtschaft
12. Erhebliche Wissenslücken bei Beschäftigten zu sexueller Belästigung am Arbeitsplatz
13. Neue Kampagne "Schaust Du hin?" - Gegen Gewalt an Mädchen und Frauen
14. Studie über die Wirksamkeit institutioneller Mechanismen für die Förderung der Gleichstellung der Geschlechter
15. Neue Kampagne und Plattform zum Thema Alleinerziehende von der SPD
16. Veranstaltungen

## 1. Ein großes Dankeschön für die Brandenburgische Frauenwoche 2015

Die 25. Brandenburgische Frauenwoche ist zu Ende. Mit über 300 Veranstaltungen im Land Brandenburg haben die Akteurinnen und Akteure mit Teilnehmenden gefeiert, gleichstellungspolitische Themen diskutiert und ihre Arbeit vorgestellt. An dieser Stelle ein ganz großes Dankeschön an alle, die sich beteiligt und das abwechslungsreiche Programm der Frauenwoche unterstützt haben.

Ein zweites großes Dankeschön an dieser Stelle auch an alle diejenigen, die sich oft schon jahrelang frauen- und gleichstellungspolitisch im Land Brandenburg engagieren!

Wer noch einmal nachschauen möchte, welche Veranstaltung verpasst wurde, der/dem sei der Blog zur Frauenwoche empfohlen: <http://frauenpolitischer-rat.de/frauenwoche/blog/>

## 2. Mitgliederversammlung des Frauenpolitischen Rates

Am 18. April findet die erste Mitgliederversammlung des Frauenpolitischen Rates in diesem Jahr statt. Wir freuen uns, dass wir im Rahmen der Veranstaltung Frau Staatssekretärin Almuth Hartwig-Tiedt begrüßen können und mit ihr die gleichstellungspolitischen Schwerpunkte der Koalitionsvereinbarung und die Fortführung des Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramms, aber auch die Novellierung des Bundesgleichstellungsgesetzes und die Auswirkungen auf das Brandenburgische Landesgleichstellungsgesetz diskutieren sowie mehr über ihre Ziele und Arbeitsschwerpunkte im neuen Amt erfahren werden.

## 3. Equal Pay Day

***Der Frauenpolitische Rat Land Brandenburg e.V. fordert von der Landespolitik ein aktives Eintreten gegen die Lohnungleichheit***

In diesem Jahr ist der Equal Pay Day am 20. März. Laut Statistischem Bundesamt bekommen Frauen in Deutschland beim Entgelt aktuell fast 22 Prozent weniger als ihre männlichen Kollegen. Wird der Gender Pay Gap in Tage umgerechnet, errechnet sich das Datum des Equal Pay Day (21,6 Prozent von 365 Tagen = 79 Tage). Der 20. März symbolisiert den Tag, bis zu dem Frauen umsonst arbeiten, während Männer schon seit Beginn des Jahres bezahlt werden.

Ursachen dafür liegen oft in den „unterbrochenen Erwerbsbiografien“, Teilzeitarbeit und die schlechte Bezahlung in den sogenannten „Frauenberufen“. „Ungerechtigkeiten, die leider häufig bagatellisiert werden, potenzieren sich im Laufe des Arbeitslebens.“ stellt, Ulrike Häfner, 1. Sprecherin des Frauenpolitischen Rat Land Brandenburg e.V. fest. „Für viele Frauen bedeutet das nicht nur, dass sie im Berufsleben weniger Geld zur Verfügung haben, sondern auch geringere Rentenansprüche die sich darauf auswirken, dass Frauen häufiger von Altersarmut betroffen sind als Männer.“

Der Frauenpolitische Rat Land Brandenburg fordert eine Überarbeitung des deutschen Rentensystems, die Abschaffung des Ehegattensplittings und eine bessere Entlohnung und Anerkennung sozialer Berufe und im Dienstleistungsbereich und von der Landesregierung, dass sie sich aktiv für Lohngleichheit einsetzt.

#### **4. Projekt des Landfrauenverbandes: Ausbildung von Equal Pay Beraterinnen**

Für faire Bezahlung von Frauen und zur Sensibilisierung für das Thema Entgeltgleichheit setzen sich die Regionalen Equal Pay Beraterinnen ein. 14 Equal-Pay-Beraterinnen haben ihre Ausbildung, finanziert vom Bundesfamilienministerium, beim Deutschen Land-Frauenverband (dlv) abgeschlossen. Durch diese Ausbildung haben sie ein breites Basiswissen im Hinblick auf Entgeltgleichheit, Lebenswegplanung, Erwerbsunterbrechungen, Teilzeit-, Minijobs, flexible Arbeitszeitmodelle sowie Karriere-möglichkeiten für Frauen. Ihr Angebot reicht von Vorträgen und Seminaren bis hin zu Einzelberatungen, z. B. wenn es um die Berufswahl geht.

Vielleicht kann aber der Einsatz einer Equal-Pay Beraterin nachhaltig dabei helfen, die Schere zwischen den Entgelten von Frau und Mann zu schließen.

Mehr Informationen: <http://www.lohn-gleichheit.de/equal-pay-beraterinnen.html> und zur Brandenburger Equal-Pay-Beraterin Elke Backhaus: [http://www.lohn-gleichheit.de/fileadmin/user\\_upload/Dokumente/equal-pay/Profile/Backhaus\\_Elke.pdf](http://www.lohn-gleichheit.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/equal-pay/Profile/Backhaus_Elke.pdf)

#### **5. Geburtsstation in Bad Belzig soll schließen**

Wegen fehlendem Fachpersonal und zu wenigen Geburten will das Klinikum Ernst von Bergmann Potsdam, Hauptanteilseigner der Klinik in Bad Belzig, den Kreißsaal in Bad Belzig zum 31. März schließen. Werdende Mütter müssen sich dann auf eine mindestens 40minutige Autofahrt nach Brandenburg an der Havel, Potsdam oder Wittenberg in Sachsen-Anhalt einstellen. Geplant ist, dass für Schwangere vor der Geburt kostenlose Appartements auf dem Potsdamer Klinik-Gelände zur Verfügung stehen und Angehörige einen Shuttle-Service zwischen Bad Belzig und Potsdam nutzen können. Wenn es zu nicht planbaren Geburten kommt, sollen Frauen die Hilfe von Notärzten und Rettungsdiensten in Anspruch nehmen, die dafür geschult werden sollen. Als einen „Schlag ins Gesicht für Familien mit Kindern im Landkreis und eine Zumutung für Gebärende, vor allem für junge Frauen“, bezeichnet Heiderose Gerber, Geschäftsführerin des Autonomen Frauenzentrums Potsdam, die Entscheidung. Bürgerinnen und Bürger aus Bad Belzig kämpfen mit Demonstrationen und Protestschreiben gegen die Schließung der Geburtsstation ihres Krankenhauses. Unterstützt werden sie auch von Potsdamer Stadtverordneten, die mehrheitlich das Klinikum Ernst von Bergmann aufgefordert haben, die Schließung der Geburtsstation in Bad Belzig zum 31. März zurück zu nehmen.

Link zur Online-Petition gegen die Schließung der Geburtsstation  
[http://www.petitions24.com/badbelzig\\_geburtenstation](http://www.petitions24.com/badbelzig_geburtenstation)

#### **6. Demorückblick „Keine Lager für Frauen! Alle Lager abschaffen!“**

Women in Exile und viele UnterstützerInnen haben am 7. März in Potsdam für die Rechte von Flüchtlingsfrauen demonstriert.

Rückblick auf die Demo und Redebeiträge: <http://women-in-exile.net/2015/03/09/unsere-demo-keine-lager-fuer-frauen-alle-lager-abschaffen/>

## **7. Selbstbestimmt und stark – Frauen in Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen**

Pressemitteilung vom 26.02.2015 vom MASGF:

„Im Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie in Potsdam findet heute die Auftaktveranstaltung des Projektes „Frauenbeauftragte in Einrichtungen. Eine Idee macht Schule“ statt. Veranstalter ist der Verein Weibernetz, der im Rahmen des Projektes vom Ministerium gefördert wird. Gäste sind u.a. Frauen mit Lernbehinderung aus Werkstätten und Wohnstätten, die sich für die Tätigkeit der Frauenbeauftragten interessieren. Frauenstaatssekretärin Almuth Hartwig-Tiedt sagte in ihrem Grußwort: „Frauen mit Behinderungen in Einrichtungen sind mit guter Unterstützung in der Lage, eigene Probleme und die Sorgen und Nöte anderer Frauen zu erkennen, anzusprechen und Lösungen voran zu bringen.“

Mit dem Blick auf das Land führte sie weiter aus: „Auch für das Land Brandenburg ist wichtig, dass erkannt wird: Frauen in Einrichtungen sind wichtige Akteurinnen für ein gutes gemeinsames Miteinander – auch am Arbeitsplatz Werkstatt. Sie können und wollen befähigt werden, ihre Interessen selbst zu vertreten. Sie lernen sich Unterstützung zu holen, sich gegenseitig zu stärken, auch Gewalterfahrung anzusprechen und dieser entgegenzutreten. Die Erfahrungen der Arbeit von Weibernetz werden auch Frauen in Brandenburg stärken.“

Das Projekt „Frauenbeauftragte in Einrichtungen. Eine Idee macht Schule“ wurde im Hinblick auf die besondere überproportionale Gewaltbetroffenheit von Frauen mit Behinderungen von Weibernetz e.V. entwickelt und vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Gesundheit unterstützt. Dieses Jahr beteiligen sich mit Brandenburg fünf Bundesländer an der Finanzierung. Brandenburg steuert rund 10.000 Euro aus Mitteln des Behindertenpolitischen Maßnahmenpaketes bei.

Durch das Projekt wird das Thema Frauenbeauftragte in der Landschaft der Wohnstätten der Eingliederungshilfe, den Werkstätten für Menschen mit Behinderungen und in den Netzwerken erstmalig ins Gespräch gebracht. Die Sensibilisierung der Träger für die Selbstvertretung von Frauen mit Behinderungen als ein Weg der Gewaltprävention steht noch am Anfang. Durch die finanzielle Förderung des Sozialministeriums ist es möglich, ab Mai dieses Jahres in Brandenburg Multiplikatorinnen ausbilden zu können. Geschult werden aus jedem teilnehmenden Land zwei Trainerinnen-Teams, jeweils bestehend aus einer Frau mit Lernschwierigkeiten (Frauenbeauftragte) und einer Unterstützerin. Diese Trainerinnen-Teams sollen in den kommenden Jahren gemeinsam selbst Frauenbeauftragte schulen.“

Im Rahmen des Projekts "Frauenbeauftragte in Einrichtungen. Eine Idee macht Schule" bietet Weibernetz e. V. eine Ausbildung zur Trainerin für die Schulung von Frauenbeauftragten in Einrichtungen an. Diese Schulung richtet sich ausdrücklich auch an Mitarbeiterinnen von Frauenberatungen und Interventionsstellen. Sie können sich einzeln oder auch gemeinsam mit einer Frau mit Lernschwierigkeiten bewerben. Bewerbungen für die Schulung werden bis zum 24. April 2015 angenommen. Ausschreibungsunterlagen und weitere Informationen für den Schulungskurs 2015 erhalten Sie bei Antje Müller [antje.mueller\[at\]weibernetz.de](mailto:antje.mueller[at]weibernetz.de) oder unter [www.weibernetz.de](http://www.weibernetz.de)

## **8. Wege aus der Gewalt für Frauen mit Behinderung**

Frauen mit Behinderung sind überdurchschnittlich oft von Gewalt betroffen, finden aber gleichzeitig besonders schlecht Zugang zum Schutz- und Hilffssystem. Vor diesem Hintergrund hat der Paritätische in Bayern ein speziell auf sie zugeschnittenes Portal entwickelt, das jetzt online ist.

Mehr Informationen: [www.wege-aus-der-gewalt.de](http://www.wege-aus-der-gewalt.de)

## **9. Ministerin Diana Golze stärkt Landesbeauftragte**

Zum 1. Mai 2015 richtet das MASGF eine Stabsstelle ein, in der die Aufgaben und Funktionen der Landesbeauftragten für Gleichstellung, Behinderung und Integration zusammengefasst werden sollen. Die Stelle wird direkt der Hausleitung zugeordnet. Die derzeit vakante Stelle der Landesgleichstellungsbeauftragten soll, laut PM des MASGF, unverzüglich ausgeschrieben werden.

## **10. Familienpaket nach den Gesetzen der "schwarzen Null" trifft vor allem Alleinerziehende**

Pressemitteilung vom 09.03.2015 des Deutschen Juristinnenbundes e.V. (djb):

"Das Familienpaket des Finanzministeriums verdient diesen Namen nicht. Es bleibt zu hoffen, dass die Interessen von Frauen und Familien in der Koalition von anderen hochgehalten werden, wenn Familienpolitik aus dem BMF nur noch den Gesetzen der "schwarzen Null" folgt", kommentiert Ramona Pisal, Präsidentin des den am Freitag veröffentlichten Referentenentwurf für ein Gesetz zur Anhebung des Grundfreibetrages, des Kinderfreibetrages, des Kindergeldes und des Kinderzuschlags.

Der Entwurf setzt bei Freibeträgen für Kinder und Kindergeld nur das verfassungsrechtliche Minimum für 2015 und 2016 um, keinen Euro mehr. Das trifft alle Menschen mit Kindern und vor allem die Kinder selbst. Für 2014 sollen die Freibeträge sogar das verfassungsrechtliche Minimum unterbieten. Einsprüche und Klagen sind zu erwarten.

Alleinerziehende bleiben außen vor, trotz der Ankündigungen im Koalitionsvertrag, den Entlastungsbetrag anzuheben und nach Kinderzahl zu staffeln. Das trifft vor allem Mütter, die Erwerbstätigkeit und Betreuung der Kinder bewältigen müssen, und in der Folge ihre Kinder. Ihnen bleibt jede Anerkennung, aber auch die Berücksichtigung ihrer begrenzten steuerlichen Leistungsfähigkeit, für die der Entlastungsbetrag vorgesehen ist, in ausreichender Höhe versagt.

Der djb fordert die Bundesregierung insbesondere auf, ein Konzept für eine Neugestaltung oder mindestens eine deutliche Anhebung des Entlastungsbetrages für Alleinerziehende in den Gesetzentwurf aufzunehmen. Er regt an, diesen als Abzug von der Steuerschuld zu gestalten, um auch Alleinerziehende mit niedrigeren Einkommen besser zu erreichen.“

Mehr Informationen: <http://www.djb.de/Kom/K4/pm15-07/>

## **11. Na also, geht doch:**

### **Bundestag beschließt Einführung der Frauenquote in der Privatwirtschaft**

Pressemitteilung vom 06.03.2015 des Deutschen Juristinnenbundes e.V. (djb):

„Der heutige Beschluss des Bundestages zur Einführung des Gesetzes für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft ist ein entscheidender Schritt auf dem Weg zu mehr Frauen in den Führungsetagen der deutschen Wirtschaft. Er ist vor allem dem Willen und Durchhaltevermögen der Frauen zu verdanken – nach mühsamen Diskussionen, erbitterten Widerständen und zähen Verhandlungen. Wie einschneidend diese Zäsur für unsere Gesellschaft sein wird, hängt in erster Linie von einer glaubhaften und engagierten Unterstützung der Unternehmensleitungen ab und davon, ob diese einem nachhaltigen Wandel der Unternehmenskultur bewirken.

Mit der verbindlichen gesetzlichen Frauenquote für Aufsichtsräte, der Verpflichtung zur Festlegung von Zielgrößen für Aufsichtsräte, Vorstände und oberste Management-Ebenen und der dazugehörigen Pflicht, festgelegte Zielgrößen und Fristen zu veröffentlichen, werden langjährige Forderungen des Deutschen Juristinnenbundes e.V. (djb) umgesetzt. Der Gesetzgeber kommt nun endlich seinem Verfassungsauftrag nach, die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern zu fördern und auf die Beseitigung bestehender Nachteile hinzuwirken.

Aber auch die Bundesregierung steht weiterhin in der Verantwortung zum Handeln. Mit den ebenfalls heute beschlossenen vielfach kritisierten Novellierungen des Bundesgleichstellungsgesetzes und des Bundesgremienbesetzungsgesetzes gehen Verschlechterungen für Frauen im öffentlichen Dienst einher. Unverständlich bleibt, warum die Bundesregierung teilweise einen anderen Maßstab an das eigene Handeln anlegt als sie selbst von der Wirtschaft einfordert.

Ramona Pisal, Präsidentin des djb: "Der Beschluss ist ein Durchbruch. Die Gleichberechtigung von Frauen in unserer Gesellschaft muss weiterhin aktiv eingefordert werden. Der djb tut dies auf vielfältige Weise. Im Rahmen unseres Projektes Aktionärinnen fordern Gleichberechtigung aktuell europaweit. Doch es geht uns nicht allein um Frauen in Führungspositionen. Der notwendige gesellschaftliche Wandel hat noch viele Baustellen – Entgeltungleichheit, Altersarmut, Mini-Jobs, zu wenige Frauen in der Kommunalpolitik."

Mehr Informationen: <http://www.djb.de/st-pm/pm/pm15-04/>

## **12. Antidiskriminierungsstelle des Bundes: Erhebliche Wissenslücken bei Beschäftigten zu sexueller Belästigung am Arbeitsplatz**

Pressemitteilung vom 03.03.2015 der Antidiskriminierungsstelle des Bundes:

„Mehr als die Hälfte aller Beschäftigten in Deutschland hat sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz schon einmal erlebt oder beobachtet – über ihre Rechte sind viele aber nur unzureichend informiert. 81 Prozent wissen nicht, dass Arbeitgeber verpflichtet sind, sie aktiv vor sexueller Belästigung am Arbeitsplatz zu schützen. Und mehr als 70 Prozent kennen zu dem Thema auch keine präsenste Ansprechperson in ihrem Betrieb. Das sind die wichtigsten Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage, die die Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS) zum Auftakt des Themenjahrs "Gleiches Recht. Jedes Geschlecht." in Auftrag gegeben und am Dienstag in Berlin vorgestellt hat.

"Sexuelle Belästigungen können traumatische Folgen für die Betroffenen haben – nicht zuletzt deshalb sind die Arbeitgeber gesetzlich dazu verpflichtet, ihre Mitarbeitenden zu schützen. Dass die Beschäftigten so wenig über ihre Rechte aufgeklärt sind, ist ein unhaltbarer Zustand", sagte Christine Lüders, die Leiterin der Antidiskriminierungsstelle. Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) nennt ausdrücklich sexuelle Belästigung als Form von verbotener Diskriminierung.

Auch eine im Rahmen der Umfrage erhobene, nicht repräsentative Stichprobe unter mehr als 600 Personalverantwortlichen und Betriebsräten öffentlicher und privater Unternehmen weist auf deutliche Wissensdefizite bei sexueller Belästigung hin. So wussten 60 Prozent der Befragten auf Nachfrage nichts Konkretes darüber zu benennen, was in ihren Häusern zum Schutz vor sexueller Belästigung unternommen wird.“

Vollständige Presseinformation und weitere Infos:

[http://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2015\\_/Auftakt\\_Themenahr\\_2015.html?nn=4193516](http://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2015_/Auftakt_Themenahr_2015.html?nn=4193516)

### 13. Neue Kampagne "Schaust Du hin?" - Gegen Gewalt an Mädchen und Frauen

Zum Weltfrauentag am 8. März 2015 startete die von TERRE DES FEMMES initiierte Kampagne „Schaust du hin?“ zum Thema „Gemeinsam gegen Gewalt an Mädchen und Frauen“. Kernpunkt der Kampagne ist ein Video, in dem Prominente ihr Statement zum Thema Gewalt gegen Mädchen und Frauen abgeben.

Mit Hilfe der Kampagne soll die Zivilcourage gestärkt und deutlich gemacht werden: Gewalt an Frauen geht uns alle an! Niemand darf wegschauen, wenn eine Frau im nächsten Umfeld Hilfe braucht. Viele Betroffene schweigen aus Angst, Schamgefühl und weil sie nicht wissen, wie sie sich aus der Gewaltspirale befreien sollen. Die Kampagne „Schaust Du hin?“ soll die Öffentlichkeit für die Thematik sensibilisieren. Nur gemeinsam ist es möglich, Betroffene zu stärken und ein gesellschaftliches Umdenken zu realisieren.

Mehr Informationen: <http://frauenrechte.de/online/index.php/themen-und-aktionen/haeusliche-und-sexualisierte-gewalt/aktuelles/1700-kampagne-schaust-du-hin>

### 14. Studie über die Wirksamkeit institutioneller Mechanismen für die Förderung der Gleichstellung der Geschlechter

Eine Studie des European Institute for Gender Equality (EIGE) untersuchte die Fortschritte der EU-Mitgliedsländer bei der Einrichtung von institutionellen Mechanismen wie Gleichstellungsstellen und beim Gender Mainstreaming. In Deutschland stagnieren seit Jahren die Bemühungen der Bundesregierung, Gender Mainstreaming und weitere Instrumente umzusetzen.

Weitere Informationen: <http://eige.europa.eu/node/14222>

### 15. Neue Kampagne und Plattform zum Thema Alleinerziehende von der SPD

Die SPD möchte die Arbeit von Alleinerziehenden würdigen und mit ihnen ins Gespräch kommen. Auf der Plattform [www.alleinerziehende.spd.de](http://www.alleinerziehende.spd.de) können Alleinerziehende davon berichten, was sie erleben und Forderungen an die Politik stellen.

### 16. Veranstaltungen

- **„Junge Frauen – Nachwuchsförderung für Ihren Verband“ Fachtagung am 11. April in Hannover**  
Mehr Infos: <http://www.landesfrauenrat-nds.de/autodownload/Tagungen/Fachtagung%20Junge%20Frauen%2011-04-2015.pdf>
- **Körper-, Stimm- und Sprechtraining – Präsenztraining für Frauen am 6. Mai 2015 in Potsdam**  
Mehr Infos: <http://calendar.boell.de/de/event/koerper-stimm-und-sprechtraining-fuer-frauen-0>
- **Antifaschistisches, feministisches Bau- und Begegnungscamp für Frauen\_Lesben\_Trans\*** vom **24. August - 03. September 2015** auf dem Gelände des ehemaligen KZ Uckermark  
Mehr Infos: <http://www.gedenkort-kz-uckermark.de/> Anmeldung und Kontakt: [baucamp\[at\]gmx.de](mailto:baucamp[at]gmx.de)

---

Falls Sie aus der Mailingliste von FPRmail gestrichen werden wollen, teilen Sie uns dies bitte per Mail mit. Wir freuen uns natürlich auch über jede/n, die/der sich neu darauf registrieren lassen will.

---

## **IMPRESSUM**

Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe: 15. April 2015

Frauenpolitischer Rat Land Brandenburg e. V.

Zusammenschluss von 20 Frauenverbänden, -organisationen, -vereinen sowie Frauengruppen der Gewerkschaften, Kirchen und Parteien

Verantwortlich: Annett Lange

Charlottenstraße 121, 14467 Potsdam

Fon 0331-2803581, Fax 0331-240072

Mail [FrauPolRat@t-online.de](mailto:FrauPolRat@t-online.de)

[www.frauenrat-brandenburg.de](http://www.frauenrat-brandenburg.de)

**FRAUEN RAT**  
POLITISCHER  
LAND BRANDENBURG E.V.